



Kantonsrat

Postulat Urban Sager und Mit. über bezahlbare Kita-Tarife bei gleichzeitig fairen Löhnen

Eröffnet am

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zusätzliche Finanzierungsmodelle von Kindertagesstätten resp. Vergünstigungen der Elterntarife durch Unternehmen und die öffentliche Hand zu prüfen.

Begründung:

Die sogenannten «Einführungspraktika» in Kindertagesstätten sind systemwidrig und stellen eine hohe berufliche Einstiegshürde dar. Der Regierungsrat hält in seiner Antwort auf A 337 fest: «Praktika in Kinderkrippen vor der Lehre sind unerwünscht und widersprechen der Strategie 'Bildung vor Arbeit'.» Diese Praktika haben auch keinen lehrvorbereitenden Charakter im Sinne einer Eignungsprüfung, sie dienen lediglich dazu, durch sehr tiefe Löhne die Personalausgaben in Kitas zu senken. Die Tripartite Kommission Arbeit (TKA) hat nun diesbezüglich Empfehlungen mit Weisungscharakter erlassen:

- Ein Einführungspraktikum darf die Dauer von sechs Monaten nicht überschreiten – ausser der Betrieb sichert den Ausbildungsplatz verbindlich zu. Dann darf das Praktikum um maximal sechs weitere Monate verlängert werden.
- Die Gesamtdauer der Einführungspraktika beträgt maximal 12 Monate. Wird dies nicht eingehalten, gelten die Praktikanten als ungelernete Mitarbeiter und erhalten einen Monatslohn von mindestens 3000 Franken.
- Die Probezeit beträgt einen Monat.
- Innerhalb einer Kita werden nicht mehr Praktika als offene Lehrstellen im Folgejahr angeboten.
- Der Mindestlohn für ein Einführungspraktikum beträgt 800 Franken.

Diese Empfehlungen sind zu begrüßen, sie schränken die Möglichkeit der Praktika auf solche mit Anschlusslösung ein und garantieren den Praktikant*innen, nach dem erfolgreichen Abschluss des Praktikums eine Lehrstelle anzutreten.

Allerdings führen diese Massnahmen zu einer Kostensteigerung von bis zu 20% oder einem Anstieg der Tagesansätze von heute durchschnittlich 125 Franken auf 150 Franken in Zukunft.¹ Hinzu kommen Kostensteigerungen aufgrund der steigenden Betreuungsarbeit in Kitas, mehr Kindern mit besonderen Bedürfnissen, anspruchsvollerer Elternarbeit und steigenden Qualitätsansprüchen an die Ausbildung von Fachpersonen für die Betreuung von Kleinkindern. Diese Kosten werden unter den gegebenen Umständen auf die Eltern abgewälzt, was aufgrund der bereits heute enorm hohen Beteiligung der Eltern nicht mehr zu verantworten ist: Nirgendwo in Europa bezahlen Eltern so hohe Beiträge wie in der Schweiz.² Anbetracht der Tatsache, dass v.a. auch Unternehmen von einer ausgebauten familienergänzenden Kinderbetreuung profitieren, sollten sie sich auch an den Kosten beteiligen. Es gibt Kantone, die entsprechende Beteiligungsmodelle kennen, bspw. über einen Beitrag der Unternehmen in Höhe von 0.18% der Lohnsumme im Kanton Neuenburg³.

¹ https://www.kibesuisse.ch/fileadmin/Dateiablage/kibesuisse_Dokumente/Stellungnahmen/170410_kibesuisse_Positionspapier_Praktika_in_der_Kinderbetreuung.pdf

² http://www.oecd.org/els/soc/PF3_4_Childcare_support.pdf

³ <https://www.ne.ch/autorites/DEF/SPAJ/accueil-extrafamilial/Pages/Fonds-pour-les-structures-d'accueil-extrafamilial.aspx>

Vor diesem Hintergrund fordern wir den Regierungsrat auf, zusätzliche Finanzierungsmodelle von Kitas resp. die Vergünstigung der Elterntarife durch die öffentliche Hand und die Wirtschaft zu prüfen.

Urban Sager (weitere Unterschriften folgen)